

Feuerwehr danken 11

Unter uns: Taxifahrer Thies



Taxifahrer Walter Thies hat viele Ideen. Unter anderem beschäftigen ihn bei seinen Fahrten die städtischen

Feuerwehren. Als Dankeschön für gefährliche Einsätze schlägt er ein großes Fest vor.

Sechs Dealer in Haft 9

Polizei zerschlägt Drogenring
Sechs verhaftete Drogendealer und Verfahren gegen 150 ihrer Rauschgiftkunden – das ist die Bilanz eines ungewöhnlichen Fahndungserfolges der Hann. Mündener Polizei.

Schwarze Löcher 32

Physik-Tagung in Göttingen



Eine Woche lang haben 150 Physiker aus aller Welt in Göttingen über Wellenphänomene diskutiert, wie sie in

Schwarzen Löchern vorkommen. Prof. Robert Wagoner beschreibt deren Faszination.

Exkommunikation 35

Abtreibung als Tatbestand

Wer Abtreibungen vornimmt, zieht sich nach dem Kanonischen Recht der Katholischen Kirche die Exkommunikation zu. Vor diesem Hintergrund sind umstrittene Lebensschützer in der Gemeinde St. Michael aktiv geworden.

Fußball 17

Wagenknecht im Gespräch



Vor der Niedersachsenliga-Partie seines Teams bei Stade am Sonntag spricht SCW-Trainer Martin Wagenknecht über den schlechten Saisonauftakt und fehlenden Mut in der Offensive.

Heute lesen Sie ...

In letzter Minute S. 52
Immobilienmarkt S. 39-44
Stellenmarkt S. 47-50
Automarkt S. 53-55
Familienanzeigen S. 56-59

Wetter 32

Der Himmel ist wolzig. Hin und wieder lockert es auf. Die Temperaturen erreichen 24 Grad. Der Wind weht schwach aus West. In der Nacht klar, um 15 Grad. Morgen ziehen neue Wolken heran, und es beginnt zu regnen.

So erreichen Sie uns

Postanschrift: 37 070 Göttingen
Redaktion: 0551 / 901-766, Fax -720
redaktion@goettinger-tageblatt.de
Anzeigen: 0551 / 901-9, Fax -243
anzeigen@goettinger-tageblatt.de
Aboservice: 0551 / 901-800, Fax -309
vertrieb@goettinger-tageblatt.de
Internet: www.goettinger-tageblatt.de

Nach der Flut: Abreißen und Aufräumen



Schlamm im Elstal Groß Ellershausen: Thorsten Herbst von der SV vor dem zerstörten Vereinsheim.

Mischke

Göttingen. Das Wasser ist weg, die Schäden bleiben: Nach dem heftigen Gewitterregen vom Donnerstag hat das große Aufräumen in der Region begonnen. Das Sporthaus der SV Groß Ellershausen/ Hetjershausen ist ein „Totalschaden“. Die Geschäfte des Kaufparks haben heute komplett wieder geöffnet, die Straße nach Hetjershausen bleibt einige Tage gesperrt. Die Feuerwehren waren bis zum frühen Morgen im Einsatz. ▶ Seite 15

Sechs Wochen Schulferien

Frage der Woche ?

Sechs Wochen lang war Urlaubszeit, das öffentliche Leben lief auf Sparflamme. Unsere Frage zum Feriendeckel:

Brauchen Kinder eigentlich sechs Wochen schulfreie Zeit? Klicken Sie auf der Tageblatt-Homepage für:

- Natürlich, so viel Zeit benötigen Kinder, um sich richtig zu erholen;
- Nein, die Ferien sind viel zu lang;
- Ist mir egal, ich bin weder Lehrer noch habe ich Kinder. Stimmen Sie ab im Internet unter: www.eichsfelder-tageblatt.de. ▶ Seite 12

Berlin will Ingenieure aus Osteuropa

Kanzlerin Merkel spricht nach Klausur von großen Plänen der Koalition

Die schwarz-rote Bundesregierung hat sich ein Arbeitsprogramm mit 50 Punkten für die nächsten zwei Jahre vorgenommen. Sie hat es mit dem hohen Anspruch verknüpft, „für eine Teilhabe aller am Aufschwung“ zu sorgen.

VON BERND KNEBEL
UND REINHARD URSCHEL, BERLIN

Wir wollen niemanden zurücklassen, das ist unser Ziel“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach einer zweitägigen Klausurtagung des Kabinetts. Die Kernbereiche des Maßnahmenkatalogs sind der Klimaschutz und die Arbeitsmarktpolitik.

Die Kanzlerin hatte für die Konferenz auf Schloss Meseberg bei Berlin Beschlüsse gesprochen, die in die nächsten

Jahrzehnte hineinwirken könnten. Heraus kam ein zwölfseitiges Papier, das die Geschäftsgrundlage für die Zusammenarbeit von Union und SPD in der Regierung während der nächsten zwei Jahre sein soll. Wesentliche Punkte:

• **Klimaschutz:** Der größte Teil des 50-Punkte-Programms



„Für eine Teilhabe aller am Aufschwung“: Merkel und Müntefering am Freitag. dpa

betrifft den Klimaschutz. Die Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes sollen noch in diesem Jahr auf den parlamentarischen Weg gebracht werden.

• **Arbeitsmarkt:** Möglichst bis zum 1. Oktober soll die Zuwanderung osteuropäischer Elektro- und Maschinenbauingenieure erleichtert werden. Auch ausländische Studenten mit deutschen Hochschulabschlüssen sollen leichter eine Stelle in der Bundesrepublik annehmen können.

Erwerbstätige, die von ihrem Einkommen allein nicht leben können, sollen nicht gleich Hartz IV beantragen müssen. Dazu wird der Kinderzuschlag von derzeit höchstens 140 Euro im Monat „weiterentwickelt“.

Noch 2007 soll entschieden werden, ob Spielraum für die

weitere Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung unter die jetzt beschlossenen 3,9 Prozent besteht.

Ein gemeinsames Konzept zur Mitarbeiterbeteiligung soll vor der nächsten Bundestagswahl ausgearbeitet werden.

• **Altersvorsorge:** Bis März kommenden Jahres wird geprüft, wie die betriebliche und die private Altersversorgung ausgebaut werden kann. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast warf der Koalition Stillstand vor. Beim Klima sei beschlossen, „noch einmal verkauft worden“. Für Linksfraktionschef Gregor Gysi hat das Kabinett „eine Harmonie-Show inszeniert“. FDP-Generalsekretär Dirk Niebel bemängelte fehlende Fortschritte bei der inneren Sicherheit, Pflege und Arbeitsmarktreformen. ▶ Seite 4

Neue US-Kritik an al Maliki

Washington (afp). Die Zukunft des Irak wird von US-Nachrichtendiensten wegen der Schwäche von Regierungschef Nuri al Maliki und der Spaltung des Landes skeptisch beurteilt: Sowohl bei der Sicherheit als

auch in Wirtschaft und Politik seien Fortschritte im Irak unwahrscheinlich. Ein führender republikanischer Senator schloss sich der Forderung der Demokraten nach einem Truppenabzug an. ▶ Seite 2

Poker um die Sachsen LB

Leipzig/Hannover (p). Die Sächsische Landesbank steht offenbar unmittelbar vor dem Verkauf. Heute wird sich die Landesregierung mit der Zukunft des angeschlagenen Instituts befassen, gestern soll es be-

reits Gespräche mit möglichen Käufern oder Partnern gegeben haben.

Als Favorit gilt die LBBW in Stuttgart. Interesse zeigt dem Vernehmen nach aber auch die Nord/LB. ▶ Seite 5

Städte zocken bei Krediten – und verlieren

Spekulationen auf niedrige Zinsen beschern vielen Kommunen Millionenverluste

VON KLAUS WALLBAUM,
HANNOVER

Den Städten und Gemeinden geht es gemeinhin schlecht, und so ist jeder Kämmerer verpflichtet, das Geld in der Kasse sorgsam zu hüten. Wer ganz schlau ist, sichert die Zinszahlungen, die er für seine Kredite leisten muss, gegen Schwankungen ab. Einige hundert Kämmerer in Deutschland haben genau dies getan und ließen sich dazu offenbar zu riskanten Geschäften

verlocken. Viele von ihnen stehen nun vor einem großen Scherbenhaufen.

Wie groß das Problem ist, kann derzeit nur geschätzt werden. Berichte, nach denen jede dritte Kommune in Deutschland bei riskanten Geldgeschäften Steuergeld verprasst hat, werden vom Fachanwalt Klaus Nieding, der viele Städte vertritt, bestritten. Auch ein „Milliardenschaden“ sei übertrieben. Aber immerhin: 15 Kommunen wollen bereits klagen, jeden Tag kom-

men weitere hinzu. Ein Flächenbrand droht. Die geschädigten Kommunen werfen der Deutschen Bank und anderen Kreditinstituten vor, sie falsch beraten und über die Risiken nicht aufgeklärt zu haben.

Das Geschäft funktioniert so: Stadt und Bank vereinbaren für längere Zeit Kredite zu einem bestimmten Zinssatz. Dieser liegt oberhalb des gängigen, aber unterhalb des im Fall einer Zinsanhebung erwarteten Zinssatzes. Wenn der Zinssatz stärker steigt, muss

die Bank für die Differenz aufkommen und der Kommune Zahlungen leisten. Umgekehrt zahlen die Kommunen drauf, wenn die Zinsen niedrig bleiben oder sogar sinken.

Als Ende 2005 die Konjunktur anzog, ließen sich viele Städte auf diese Verträge ein, denn sie rechneten mit Zinserhöhungen für langfristige Kredite. Diese aber blieben bis heute ungewöhnlich maßvoll.

Viel hängt nun vom Geschick der Kämmerer ab. In Göttingen, wo Stadtkämmerer

Peter Suermann mit Spekulationsgeschäften gute Erfahrungen gemacht hat, zog die Stadt vor wenigen Monaten in zwei Fällen die Notbremse, weil einjährige Verträge zu riskant wurden. „Der Verlust dort wurde aber mit ähnlichen anderen Geschäften wettgemacht“, sagt Suermann. Dies ist jedoch offenbar nicht überall möglich gewesen, berichtet Klägeranwalt Nieding. „Für manche Kommunen“, sagt Nieding, „endeten diese Wettgeschäfte richtig bitter.“